

rechten Minschen Bedingung getragen wird. Wir werden als Abgeordnete auch weiter in Verhandlungen von Arbeitern gehen. Wenn wir berechtigte Wünsche entgegennehmen, dienen wir nur den Beamten und damit dem Staat. (Beifall links.)

Deutsches Reich.

Eine neue Abweisung des Antisemitismus. # Berlin, den 22. Februar.

Wie vorausgesehen war, ist der Reichstagsabgeordnete Wilhelm Bruhn nunmehr auch in 60 weiteren Beleidigungsprozessen abgewiesen worden, die er gegen die verantwortlichen Redakteure auswärtiger Zeitungen wegen Beleidigung seiner Person bezog, der von ihm herausgegebenen Wochenzeitschrift „Die Wahrheit“ angehängt hatte. Alle diese Urteile hatten feinerzeit einen Artikel des Journalisten Schweder in Berlin in Sachen des Dabbel-Prozesses übernommen: Die Einstellung der Strafverfolgung erfolgte wiederum in folgender Form:

„Schluß: Die Privatnote des Berlegers Wilhelm Bruhn, N. B. in Berlin gegen 1. die verantwortlichen Redakteure N. R. 2. den Journalisten Paul Schweder in Berlin, wird auf Kosten des Klägers zurückgewiesen. Kläger läßt sich lediglich durch den Fallus des Artikels, Dabbel sei durch die Mitarbeiterschaft an dem vom Kläger herausgegebenen Blatte „Die Wahrheit“ forumpiriert worden, beleidigt, jedoch zu Unrecht. Denn es ist gerichtsnotorisch, daß die „Wahrheit“ zu der in Betracht kommenden Zeit in weiten Kreisen der Bevölkerung als Bedrohung erachtet wurde und auf dieselben Weise. Wenn nun mit Bezug hierauf behauptet wird, daß die Mitarbeiterschaft auf dieser Zeitung von verwerflichem Einfluß auf den Mitarbeitenden ist, so entspricht diese Auffassung den Tatsachen.

Demgegen ist weder behauptet noch aus dem Artikel herausgesehen, daß Kläger einen schädlichen und verwerflichen Einfluß auf Dabbel ausgeübt hat, und kann demnach von einer Beleidigung des Klägers nicht die Rede sein. Königl. Amtsgericht Berlin-Mitte, Abtheilung 145. 93. Wollmer.“

(Bei dieser Gelegenheit wollen wir nicht unerwähnt lassen, daß Herr Bruhn auch gegen den Chefredakteur der „Saale-Zeitung“ einen Beleidigungsprozess angeknüpft hat und zwar — auf Grund des amulanten Gerichtsstandes — vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte — da die „Saale-Zeitung“ auch in Berlin gelesen wird. Die Beleidigung liegt in einem Leitartikel enthalten gewesen sein, der den Bruhnprozess zum Gegenstand hatte. — Wir werden über das Resultat der Privatklage berichten. Die Redaktion.)

Staatliche und private Pensionsversicherung für Angestellte.

Der Deutsche Privat-Beamten-Verein mit dem Sitz in Magdeburg hat namens seiner 30 000 Mitglieder und namens der 11 000 Mitglieder seiner Pensionisten- und Witwenkasse, deren Vermögen aus fast 16 Millionen Mark beträgt, und die jährlich an Prämien über 1 1/2 Millionen Mark einnehmen, eine Eingabe an den Bundesrat gerichtet, worin er grundsätzlich um die Anerkennung bestehender privater Kassen als Ersatzinstitute für die staatliche Versicherung bittet.

Nach seinen Vorschlägen soll Bedingung der Anerkennung sein, daß die Kassen auf versicherungstechnischer Grundlage errichtet sind und der Rechtsanspruch unterliegen, ferner daß die Versicherten einen uneingeschränkten Rechtsanspruch auf die versicherten Leistungen besitzen und ihnen ein Mitwirkungsrecht bei dem inanspruchnehmen der Versicherung der Dienste zusteht, daß weiterhin auch der Invaliditätsbegriff und die Altersgrenze nicht unangemessen wie bei der staatlichen Kasse sind. In der Eingabe werden eine große Reihe von sozialpolitischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Gründen für die Billigung angeführt. Nach den Vorschlägen des Gesetzentwerfers würden die Erlöse und Beiterentwässerung der privaten Kassen zum großen Theil bei der in ihnen versicherten Angestellten in Frage gestellt, die Herstellung von Zuschüssen der Reichsversicherungsanstalt würde ihnen die Selbstständigkeit und die für die Versicherten besonders wertvollen Sonderheiten nehmen und gleichzeitig zu schmerzlichen Divergenzen, beispielsweise hinsichtlich der verschiedenen Beitragsberechnung, hinsichtlich der verschiedenen Invaliditätsbegriffe, der verschiedenen Altersgrenzen und des Pensionierungsverfahrens föhren. Es würde eine sozialpolitische Unlust sowohl bei Angestellten wie bei Arbeitgebern entstehen, wenn man Selbstversicherung, die die Regierung selber fördern als notwendig und gegenrechtlich anerkannt habe, jetzt von der Billigung verhandeln ließe.

Der Deutsche Privat-Beamten-Verein ersucht demnach nicht in dem Versicherungsgesamtheit eine Gefahr, sondern nur in dem Zwange zur Versicherung ausschließlich in einer Staatskasse, und verlangt, daß nicht nur die bestehenden Versicherungen von der staatlichen Beitragspflicht befreit bleiben sollen, sondern daß grundsätzlich die Ersatzversicherung zulässig sein soll. Der Hauptanstoß für die staatliche Regelung liegt in Uebereinkimmung mit den Vorschlägen des Gesetzentwerfers auf einem entgegengesetzten Standpunkt. Leider ist er dem Deutschen Privat-Beamten-Verein in wenig objektiver Weise bezüglich dessen abweisender Stellungnahme und Kritik entgegengetreten und hat versucht, ihn im Hauptanstoß und auf dem Privat-Beamtenfrage mundtot zu machen. Infolge davon hat sich der Deutsche Privat-Beamten-Verein zum Austritt aus dem Hauptanstoß entschlossen. Leider ist damit die Einigkeit in der Privat-Beamtenerschaft erneut getrennt, und es wird nunmehr Sache der gelegentlichen Körperschaften sein, die begründete Kritik des Deutschen Privat-Beamten-Vereins, der die Mehrheit der Arbeitgeberschaft und die Vertreter der Versicherungswissenschaften beizutreten sind, eingehend und objektiv zu prüfen, wodurch die gesetzliche Regelung wiederum eine Verschiebung erfahren kann.

Die Einwohnerzahl des Deutschen Reiches.

Der „Reichsanzeiger“ schreibt: Die Einwohnerzahl im Deutschen Reich betrug am 1. Dezember 1910 32 029 890 männliche und 32 866 991 weibliche Personen. Davon entfielen auf Preußen 9 845 811 bezw. 20 310 980, Bayern 3 575 229 bezw. 3 501 268, Sachsen 2 222 185 bezw. 2 480 000, Württemberg 1 191 883 bezw. 1 144 228, Baden 1 059 137 bezw. 1 082 695, Mecklenburg-Schwerin 317 884 bezw. 321 995, Sachsen-Weimar 204 400 bezw. 212 757, Mecklenburg-Strelitz 53 523 bezw. 52 824, Hessen 639 214 bezw. 643 005, Oldenburg 243 825 bezw. 238 605, Braunschweig 242 739 bezw. 251 648, Sachsen-Meiningen 126 687 bezw. 142 105, Sachsen-Altenburg 106 885

bezw. 109 928, Sachsen-Rothburg-Gotha 125 353 bezw. 131 855, Anhalt 161 171 bezw. 169 876, Schwarzburg-Sondershausen 44 194 bezw. 45 790, Schwarzburg-Rudolstadt 49 350 bezw. 51 362, Waldeck 30 541 bezw. 31 182, Reuß J. L. 34 695 bezw. 37 921, Reuß S. L. 74 284 bezw. 78 501, Schaumburg-Lippe 23 386 bezw. 23 254, Lippe 73 290 bezw. 77 519, Dübener 56 888 bezw. 59 645, Bremen 145 419 bezw. 150 317, Hamburg 505 985 bezw. 509 772, Elb-Lothringen 964 043 bezw. 907 659.

Wohnbauten auf dem Lande.

Gegen die Errichtung vielergehöfliger Mietwohnungen in ländlichen Gegenden, eine Folgeerscheinung der immer mehr zunehmenden Ausbreitung der Industrie auf dem platten Lande, wendet sich ein an die beteiligten Provinzialbehörden ergangener Runderlaß des Ministers der öffentlichen Arbeiten.

Der Minister weist u. a. auf die erheblichen Mißstände hin, die sich gerade auf dem Lande, wo es der Regel nach an Verkehrrungen für eine ordnungsmäßige Beilegung der Abfallstoffe und der Abwässer fehlt, bei dem engen Zusammenwohnen vieler Familien einstellen. Für die nachgeordneten Behörden sind in dem Erlaß des Mißstände angegeben, wie der Errichtung großer Mietwohnungen auf dem Lande geküert, andererseits aber die Ausführung von Ein- und Zweifamilienhäusern gefördert werden kann.

Parlamentarisches.

Das Schiffsahrtsabgabengesetz.

Berlin, 23. Febr. 1911.

In der gestrigen Sitzung der Schiffsahrtsabgaben-Kommission setzte zunächst der Vorsitzende der fortschrittlichen Volkspartei seine Ausführungen fort, die von seitens eines Vertreters des Preussischen Eisenbahn-Ministeriums lebhaft erwidert wurden. Der Vorsitzende der national-liberalen Partei machte geltend: Die Frage, ob eine Verfassungsänderung zur Einführung von Schiffsahrtsabgaben nötig sei, solle nicht nochmals angesprochen werden, da sich die preussische Regierung jetzt auf den Standpunkt stelle, die Verfassungsänderung vorzunehmen; das Reichsjahresamt müsse offenbart geübert haben, daß eine Verfassungsänderung vorliege, andererseits würde die preussische Regierung das Gutachten des Reichsjahresamtes, das man ja immer noch nicht kenne, für sich angreifen und verwerfen. Es sei im übrigen unerläßt, die Beratung mit Artikel 1 zu beginnen. Er wolle dem Inhalt des Schiffsahrtsabgabengesetzes festhalten, könne man sich einlassen, ob man die Einführung des Gesetzes durch Änderung der Verfassung ermöglichen solle. Auch gewisse Bundesstaaten dürften erst dann in die Verfassungsänderung gewillt sein, nachdem das Gesetz selbst diejenige Gestaltung erhalten hätte, die es für sie annehmbar macht. Unbedingt beilegt werden müsse aus dem Gesetz die Anweisung der Schiffsahrtsabgaben auf die Unterhaltungsstellen älterer Anlagen. Ungefährt sei durchaus, wie die Abgaben einmal erhoben werden sollten. Das Material, welches die Regierung hierüber in der Denkschrift Nr. 9 vorgelegt hat, sei unzuverlässig und könne für die Entscheidung nicht. Ebenso unbrauchbar sei das Material über die Beteiligung der sogenannten Partikuliers an der Schiffsahrt auf dem Rhein. Eine richtige Statistik ergebe, daß die Beteiligung des Kleins- und Mittelschiffers nur bei Schiffsbetrieben bis 1450 Tonnern überwiege, während von da ab der Redereibetrieb mehr als 70 Prozent der Schiffe stelle. Da nun die Verleitung der Fahrtrinne im wesentlichen nur Schiffe über 1000 Tonnern zugute kommen werde, so sei es ganz klar, daß das Gesetz den Großbetrieb begünstige und die Kleins- und Mittelschiffer sogar zwingen, die Kosten zugunsten des Großbetriebes mit aufzubringen. Da sei absolut unvereinbar mit der sonstigen Mittelstandspolitik der preussischen Regierung. Staatsrechtlich sei übrigens kein Zweifel, daß das Gesetz die Tarifpolitik auf den gemeinsamen Strömen für das Reich in Anspruch nehme. Einmal sei nur, daß die Verfassungsänderung die preussische Tarifpolitik für die rein preussischen Ströme ganz frei machen werde.

Ein Vertreter des preussischen Eisenbahn-Ministeriums bezieht sich für die nächste Sitzung die Beantwortung dieser Beantwortungen vor.

Parteinachrichten.

Der Zentralvorstand der national-liberalen Partei wird am 19. März zu seiner üblichen Frühjahrssitzung in Berlin zusammen-treten.

Ausland.

Minister auf der Anklagebank.

Aus Sofia wird gemeldet: In der Sobranie hat der vorletzte Akt der Tragödie der Stambulow-Partei begonnen.

Der Minister der Partei, darunter Stambulow und Petrow, haben ihre Politik durch gemeinsamen Tod bezahlt, fünf andere werden der moralischen Strafe durch entgegengeleitet. Nachdem eine ausführenden Kommission der Sobranie beschlossen hat, daß Belege für eine Anklage gegen sie vorhanden seien, wird die Sobranie in letzter Instanz zu entscheiden haben, ob wegen Schädigung der Staatsinteressen aus Eigenmuth und Verfassungsverletzung der Staatsgericht zu übergeben sind: General Petrow, Generaladjutant zur Zeit der Schmachtt bei Sitonja, nachmaliger Kriegsminister, zuletzt von 1903 bis 1906 Ministerpräsident und Minister des Inneren, ferner General Sawow, Kriegsminister unter Stambulows Präsidentenschaft, zuletzt in derselben Eigenschaft im Kabinett Petrows, sodann Genetieff, der nach der Ermordung Petrows 1907 zum Führer der Partei erwählt wurde, und als die bedeutendste rednerische Kraft Bulgariens zählt, weiter Gubew, der nach dem Tode Petrows ein Jahr an der Spitze des Ministeriums stand, und endlich der gemene Baunter und Eisenbahnminister Chalafschew. Die Hauptpunkte der Beschuldigungen beziehen sich auf Verschwendung von Währungs-geldern, eigenmächtiges Aufheben eines von der Sobranie genehmigten Beamtenbeschlusses und unrechtmäßige Verleumdungen. Von den fünf Angeklagten sind alle, außer Chalafschew, zum letzten Ringen um ihr Schicksal in der Sobranie erschienen.

Die Verhandlung wurde, wie der „L. M.“ meldet, eingeleitet durch einen detaillierten Bericht des Vorsitzenden der Untersuchungskommission, des Abgeordneten Danailow, den

man als Kandidaten für den Posten des öffentlichen Anklägers in dem bevorstehenden Staatsprozeß nennt. Nach Danailow hielt Petrow eine sehr wirksame Verteidigung. Er leitete die Untersuchungskommission sehr klar an und schloß: „Er sollte Befehle Bulgariens nicht als Soldat und nicht ohne Erfolg und Verdienst im Dienste des Vaterlandes. Nichts wird mich von diesem Posten abbringen, weder Verleumdung noch Verfolgung.“

Die passive Resistenz.

Aus Wien wird gemeldet: In der Triester Gesellschaft wird der Plan erzwogen, als Protest gegen die passive Resistenz der Staatsbeamten, die durch der Handel sehr empfindlich gestört wird, die Geschäftsbetriebe drei Tage gesperrt zu halten. Die Resistenz dauert ungeschwächt an trotz der Maßnahmen der Regierung.

Das Personal, das von der Regierung nach Triest geschickt worden ist, geht mit den dortigen Beamten Hand in Hand und treibt ebenfalls passive Resistenz.

Italienisch-österreichische Annäherung.

Der radikal-demokratische „Secolo“ bringt einen redaktionellen Artikel, der einen im niederösterreichischen Gewerbeverein angestrebten Vorstoß, die wirtschaftlichen Vereinigungen Oesterreichs und Italiens mögen die Initiative zur Besserung der Beziehungen der beiden Staaten ergreifen, sehr warm unterstützt. Der „Secolo“ fordert die Handelskammern auf, durch wechselseitige Besuche und den Austausch von Meinungen die italienisch-österreichische Freundschaft zu fördern.

Die Vetobill.

Aus London wird gemeldet: Im Oberhaus überraschte Lord Lansdowne mit der Erklärung, er werde demnach auf den Tisch des Hauses eine Bill zur Abänderung der Zusammenlegung des Oberhauses niederlegen. Bestimmten Haupten, daß die Lords die Vetobill bereits nach der ersten Lesung verwerfen; andere nicht der Ansicht, die Lords würden die Bill mit den in der einbringenden Landesherrn enthaltenen Vor schlägen amendieren. Da aber die Regierung an ihre Erklärung gebunden sei, keine Amendments zu dulden, so werde ein neue Krise eintreten.

Die mexikanischen Wirren.

Die mexikanischen Insurgenten in Südkalifornien erklären einen Privattelegramm zufolge, daß sie unabhängig von anderen Rebellen die Gründung eines sozialistischen Staates gemeinsam mit den amerikanischen Sozialisten bezwecken.

Kleine Tagesnachrichten.

Streik der Ausstellungsarbeiter. Aus Turin wird gemeldet: Die Arbeiter der Turiner Weltausstellung sind gestern in den Ausstaben getreten infolge Weigerung der Unternehmer, ihnen die Löhne zu erhöhen.

Gerichtsverhandlungen.

Die Hunderttausend-Mark-Wechselaßäre des Zeitungverlegers Kutschbach vor Gericht.

S. & H. Leipzig, den 22. Febr.

Vor der hiesigen Strafkammer hat sich in einer sehr wichtigen Verhandlung ein aus Seattle in Nordamerika gebürtige Holzhandler Daniel S. Jackson unter der Anklage des Betruges zu verantworten. Im Mittelpunkt der Angelegenheit steht der bisherige Verleger des „Leipziger Tageblattes“, William Kutschbach, der früher den „General-Anzeiger“ in Halle herausgab und sich jetzt im Sanatorium „Weißer Hirsch“ bei Dresden und außerdem in Konstantin befindet. Als Geschäftsidee durch den Anklage besandnen Handel kommen neben Kutschbachs nahezu 100 000 Mark deutsche Rebaften- und Journalisten- und Journalisten in Frage, denen ihre Mitarbeit am „Leipziger Tagebl.“ für die Zeit der Herrschaft Kutschbachs an dieser Zeitung nicht honoriert worden ist und deshalb mit dem „Leipz. Tagebl.“ bezw. Kutschbach im Prozeß stehen. Das früher sehr angelegene Blatt war nach einer Zeit rückläufiger Bewegung in den Besitz Dr. Altmuths übergegangen, der es an den Verleger William Kutschbach abtrat, um es jedoch nach einigen Monaten schon wieder zu übernehmen, da Kutschbach angeblich gekrankelt geworden war. In Wirklichkeit war Kutschbach in Vermögensverfall geraten. Es war nämlich eines Tages der Angeklagte Jackson in Begleitung eines gewissen Rufers erschienen, der K. unter dem Vorprehen, ihm 100 000 Mark bezorgen zu können, fünf Wechsel in Höhe von je 20 000 Mark abzwand. Mit diesen Wechseln ließ Jackson und der inzwischen hiesig gewordene Ruder sich in Hannover und London Geld verschaffen, ohne Kutschbach auch nur einen Wort zu sagen. Jackson wurde schließlich in Bremerhaven von Schiffen herab verhaftet. Er bestritt jedoch in der gegenwärtigen Verhandlung, betrügerische Absichten gehabt zu haben. Er sei selbst ein Opfer des schlichtigen Rufers geworden und beruft sich auf seiner Verteidigung auf den Verleger Kutschbach, der jedoch zu der Verhandlung nicht erschienen ist. Sein Bruder, der frühere Reichstagsabgeordnete Kutschbach, der sich jetzt als Schriftsteller in den Balkanländern betätigt, sagte in der Verhandlung aus, daß er einen Entmündigungsantrag gegen seinen Bruder William gestellt habe, und daß dieser sich jetzt wieder im „Weißer Hirsch“ bei Dresden aufhalte. Die Verhandlung wurde deshalb zum Zwecke der Vernehmung William Kutschbachs durch einen beauftragten Richter in Dresden auf Donnerstag vertagt.

Schöffengericht.

Halle a. S., 22. Februar.

Ausstellungen Streifen.

Gegenständig des Streiks in der Maschinenfabrik von Weiß und Moscati Sanur d. J. kamen über die Beilegungen Arbeitswilliger vor. Sogar über Mißhandlungen liefen Klagen ein. Ein Schloßer aus Berlin soll gestochen und infolge seiner Verletzungen 14 Tage arbeitsunfähig geworden sein. Den Arbeitstenden wurde durch Streikposten nach Maßnahme der Zutritt in die Fabrik verwehrt. Die Fabrikverwaltung richtete daher wiederholt Bitten an die Polizei, ihren Ausschussarbeitern doch wirksameren Schutz zu gewähren.

von Streikenden bedroht war demnach eingeschüchert, daß er sich polizeiliche Heimbegleitung erbat.
Am 12. Januar um die Mittagzeit wurde ein Streikposten, der Pfendebrecher Henze, im Interesse der öffentlichen Ruhe und Sicherheit von einem Polizeigewerkschaften hinführt. Später erhielt er dann ein Strafmandat über 3 Mark. Hiergegen erhob er Einspruch mit der Begründung, er habe sich auf die Aufforderung des Gewerkschaften entfernt und sei ohne Grund gefangenommen und bestraft worden. Das Schöffengericht erklärte indes die Maßnahmen des Beamten für berechtigt. Immerhin erreichte Henze eine Verabfolgung der Strafe auf 2 Mark.

Auch in Döllnitz fanden im Januar aus Anlaß eines Streiks in der dortigen Mühle mehrfach Befestigungen und Bestrebungen Arbeitswilliger statt. Einem wurde zugerufen: „Wenn Du noch einmal fährst, schlagen wir Dir alle Knochen entzwei!“ Mehrere Dorfbewohner nahmen Anstoß an den Anstimmungen Streikender vor der Mühle und besetzten sich beim Gewerkschaften darüber mit der Bemerkung: „Da traut man sich ja gar nicht mehr durch!“
Am Morgen des 17. Januar gegen 6 Uhr bemerkte der Gewerkschaften vor der Mühle zwei Streikposten, die sich bei seinem Herannahen entfernten. Einer aber, der Arbeiter Karl Gröbe, blieb wiederholt stehen und leitete den Anforderungen des Gewerkschaften zum Weitergehen keine Folge. Er erklärte trotz, das habe er nicht nötig. Er wurde schließlich gefangenommen und, wie er behauptet, sehr zornig und entsetzt dem Beamten wieder, dieser ermittelte aber keine Personalien und wies ihm ein Strafmandat über 3 Mark aus.
Gleiches Einspruch gegen die Polizeistrafe wurde vom Schöffengericht verworfen. In der Urteilsbegründung wurde gesagt, Streikposten-Stehen sei zwar an sich nicht verboten; unter Umständen aber könne das Fortwischen von Streikposten im Interesse der öffentlichen Ruhe und Sicherheit oder der Leichtigkeit des Verkehrs geboten erscheinen. Nach Lage der Sache sei im vorliegenden Falle das Einschreiten des Gewerkschaften gerechtfertigt gewesen.

Drama im Gerichtssaal.

Paris, 23. Febr. „Journal“ berichtet aus Montbrison: Vor dem Schwurgericht der Loire wurde gestern eine Madame Bouche wegen Ermordung ihres Mannes, eines Anwaltens aus St. Etienne, zu 20 Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach der Urteilsverkündung zog die Frau im Gerichtssaal eine Kordel aus ihrem Rockzipfel und verfluchte damit den Staatsanwalt zu ermürgen, wurde aber durch das rechtzeitige Eingreifen mehrere Soldaten daran verhindert. Man hatte große Mühe, sie in ihre Zelle zurückzuführen.

Prozess gegen den Toten Janel.

Budapest, 22. Febr. Der Tode Janel wurde wegen im vorigen Sommer in angetrunkenem Zustande durch übermäßiges Schnellfahren verursachten Automobilunglücks, wobei eine Person getötet und zwei schwer verwundet wurden, darunter auch er, zu 3 Monaten Gefängnis und 200 Kronen Geldstrafe verurteilt.

Provincial-Nachrichten.

Wetterberichte.

St. Andreasberg, 22. Febr. In der Nacht ist Regen und Tauwetter eingetreten. Es läßt sich noch nicht voraussagen, ob das schlechte Wetter anhalten wird.

Mordanschlag eines Stiehnährigen.

Zu dem Mordanschlag eines 17jährigen wird weiter berichtet: **Benig, 22. Febr.** In Hutsdorf bei Benig wurde Mittwoch morgen die 22 Jahre alte Gutbesitzerin Marie Kaufmann in ihrem Zimmer hinterhinterstrickt und schwer verletzt aufgefunden. Der Brieftreffer, der den Mord beging, ist ein junger Mann, der die Tür verschloß. Als er der Sache nachging, hörte er, wie im Zimmer auf die Frau eingeschlagen wurde. Während er nun zu einem Nachbarn eilte, um Mithilfe zu ersuchen, war der Mörder verschwunden. Wie es sich später herausstellte, ist der Täter der 17 Jahre alte Dienstknecht Aren.

Er war auf dem Gute der Kreschmar bedienstet und ist im Jahre 1894 bei Hofopau auf der Sohm eines Brunnensbauers gewesen. Die Gewerkschaft wurde alsbald benachrichtigt. Mit ihrer Hilfe und der eines Polizeibeamten gelang es, den Täter auf dem Heuboden, wo er sich versteckt hatte, zu verhaften. Er hat die Tat bereits gestanden und gab an, Schundliteratur gelesen zu haben. Dadurch sei er auf den Gedanken gekommen, die Gutbesitzerin zu erschlagen, deren Geld zu rauben und damit nach China zu emigrieren. Frey hat die Frau von hinten mit dem stumpfen Ende mehrerer Male auf den Schädel geschlagen und ihr dadurch fünf schwere Wunden und zwei Schädelwunden beibringen. An dem Aufkommen der Frau wird gezweifelt. Sie wurde nach dem Krankenhaus in Benig gebracht. Kurz vor der Tat hat Sohn und Tochter der Frau nach dem Markt in Buzsüdd gefahren. Heute mittag kurz nach 1 Uhr erschien ein Vertreter der Staatsanwaltschaft aus Chemnitz am Tatort. Der Mörder wurde in das Untersuchungsgefängnis nach Chemnitz gebracht.

Unterfragungen.

Erfurt, 22. Febr. Unter dem Verdacht, Unterfragungen an amtlichen Geldern verübt zu haben, wurde gestern hier der Polizeikommissar Loenigges in Untersuchungshaft genommen.

Kommissar Loenigges wird der hiesigen Polizei seit ungefähr drei Jahren an. Die verurteilten Gelder hat er der Behebungsstelle der Polizeiverwaltung entnommen. Die verflochtenen Mittel für die Kleiderbeschaffung bei der Polizei sind bei der hiesigen Sparkasse angelegt. Während nun die Belege für das Behebungsverfahren immer scheinbar in Ordnung gehalten waren, hob der ungetreue Beamte auf der anderen Seite größere Beträge auf das Sparlohnbuch der Behebungsstelle bei der hiesigen Sparkasse ab, die er für seine eigenen Zwecke verwendete. Nach den bisherigen oberflächlichen Feststellungen betragen die Unterfragungen des Kommissars ungefähr 4000 Mark. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß das noch zu ermittelnde genaue Resultat größer sein wird. Die Verurteilungen des Beamten haben

umso mehr überprüft, als Loenigges neben dem Gehalt eines Kommissars noch eine sehr fatallige Pension von der Marine bezieht, bei der er als Invalide entlassen worden war.

Winterepitemie und Sturm.

Eisenach, 22. Febr. Schwere Gewitter mit orkanartigem Sturm find im Werraatal niedergegangen.

Ehrentung.

Saalfeld, 21. Febr. Rentner Ernst Weddermann hier schenkte der Stadt 24 000 Mark für den Neubau des Stiegenhauses. Es wird das schon seit einiger Zeit wegen Kauflosigkeit geräumte alte Stiegenhaus — die sieben Frauen sind in dem früheren Krankenhaus untergebracht — in diesem Jahre neu erbauen. Die Mittel für die Innenausstattung des Hauses stehen aus einer früher von anderer Seite gemachten Stiftung zur Verfügung.

g. Aus dem Saalfelde, 22. Febr. (Zum Winteraalenstande.) Die kürzlich längere Frostperiode ohne Schneedecke hat für unsere Winteraalen glücklicherweise keine nachteiligen Folgen gehabt, so daß der Stand des Hagens und Weizens allgemein als ein befriedigender bezeichnet werden kann, wenn es auch hier und da auf den höchsten Stellen gibt, wo die Mäuse durch Abstreifen der Saatgrößen und Unterwurzeln des Erdreichs Schaden angerichtet haben. Auch der Kaps hat ein gutes Aussehen. Nur Kleckler lassen hier und da zu wünschen übrig, da gerade auf diesen die Mäuse vom Herbst her empfindlich gehaft haben. Abwechslendes Frost- und Taumetter konnte jedoch dem Saatstande noch verhängnisvoll werden.

Ammerndorf, 22. Febr. (Ueberschneemung.) Die Erde ist fast angefroren und überflutet auf weite Strecken die Auenweiden. Scharenweise sieht man Feldmäuse, Maulwürfe usw. sich auf besser gelegene Stellen in Sicherheit bringen.

g. Aus dem Elsterthal, 22. Febr. (Zur Gänsezucht.) Das Vögelelter der Gänse ist jetzt hier in vollem Gange, vereinigt hat sogar das Brutgeschäft begonnen, so daß junge Gänse nicht mehr so lange auf sich warten lassen werden. Die Gänsezucht ist wegen der vorhandenen Weide und des Wassers in der hiesigen Ortshäuser schon seit Jahren zur besonderen Blüte gelangt. Tausende von jungen Tieren und jüngerer Ware kommen jährlich von hier aus in den Handel.

g. Dießen, 22. Febr. (Vom Jaune gebrochen.) Nach Schluß einer Ballgesellschaft in vergangener Woche gingen zwei junge Leute aus dem Orte, welche an derselben nicht teilgenommen hatten, auf der Straße mit den aus dem Lokal herausgetretenen Musikern Streit an und mißhandelten dieselben.

g. Rahnitz, 22. Febr. (Jagdparcoursverlängerung.) Die zur hiesigen Gemeinde gehörige Jagd, bestehend aus Feld- und Auengelände, ist von Leipziger Herren, Fabrikant Dr. Wachse und Konrad der Niederlande de Biage, angekauft. Die Jagdzeit dauert mit heuer noch 3 Jahre an und ist von neuem um 9 Jahre verlängert worden. Der Pachtzins, welcher bisher 80 Mgr. pro Morgen betrug, ist auf 1 Mark erhöht worden; diese Erhöhung soll jedoch schon vom nächsten Jahre in Kraft treten.

Merseburg, 22. Febr. (Berufung.) Der Hilfsprediger Martin Barthold in Merseburg ist als Diakon von Gerbstedt und Pfarrer von Zobenstedt, Diöcese Gerbstedt berufen und beschäftigt worden.

g. Witten 5. Merseburg, 22. Febr. (Feuer.) Unser Ort wurde am vergangenen Sonnabend durch eine Feuersbrunst heimgesucht. Auf dem Gute des Herrn Zeiger brannte der Oberbau des Kuhstalles, auf dem viel Kleehen lagerte. Da ausreichende Hilfe zur Stelle war, konnte das Feuer auf seinen Herd beschränkt werden. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt. In Zöllchen über.

Witten, 19. Febr. (Mittergutsverkauf.) Das bisher im Besitze des Herrn W. Schroeder befindliche Rittergut in Rösen geht durch Kauf in den Besitz des Gutsbesitzers Herrn Kurt Wulsh in Zöllchen über.

Ölbernhau, 22. Febr. (Zur Verhaftung des Postdekraudanten Max Gollische.) Der flüchtig gewordene Postassistent Max Gollische, der früher in Chemnitz, dann in Ölbernhau angestellt war und in der letzteren Stellung 30 000 Mark unterschlug, ist in Monte Carlo verhaftet worden. Wie der „Chem. Allg. Ztg.“ dazu noch berichtet wird, habe Gollische, entgegen anderen Nachrichten, bei seiner Verhaftung seinen Feind von dem unterschlagenen Gelde mehr in seinem Besitze. Er spielte in Monte Carlo einig, und scheint auch seine kassierliche Kasse mit sich zu haben. Im Hotel „Badmington Palace“, wo er in Monte Carlo wohnte, trat er als Direktor Sühmann auf.

Wittenburg, 22. Febr. (Beim Brotbacken.) Der Bäckermeister Viehbohm im benachbarten Dreie Wittenburg gesteuerte mit einem scharfen Brotmesser hartes Brot für die Pferde, wobei das Messer abglitt und ihm in die Brust fuhr und das Herz verletzte. Auch auf dem Transport nach dem Krankenhaus verstarb er.

Ziegenhain (Bz. Cassel), 21. Febr. (Entschleichen des.) In dem benachbarten Dorfe Ziegenhain entfiel gestern nachmittags in der Wohnung eines Einwohners aus bisher unbekanntem Gründen Feuer. Von dem Einwohnern war nur der achtjährige Großvater anwesend, der aber krank zu Bett lag. Es war ihm nicht möglich sich zu retten, und er mußte hilflos zu sehen, wie das Feuer sich immer weiter verbreitete. Als die Nachbarn zu Hilfe eilten, war es bereits zu spät. Der alte Mann war bereits von dem Rauch des Feuers erstickt worden.

Eisenach, 22. Febr. (Messer Dr. Hoering) ist zum Zweiten Bürgermeister Eisenachs gewählt worden.

Vermischtes.

Anwetternachrichten.

Hamburg, 23. Februar. Der Sturm drehte sich gestern abend gegen 10 Uhr, so daß man eine zweite Sturmflut erwartet. Es liegen wieder Meldungen über Schiffsunfälle vor. Der holländische Dampfer „Prinzessin Juliana“ ist gestrandet. Das Hamburger Schiff „Belgunde“ sowie mehrere Schoner sind beschädigt in Cuxhaven eingelaufen.

Kassel, 23. Febr. Die Julia, Werra und deren Nebenflüsse steigen fortgesetzt. Das Sohwasser hat die Niederrungen bereits überflutet.

Guben, 23. Febr. In Dalgeln (Kreis Guben) wurde eine 15jährige Dienstmagd vom Sturme unter die Räder einer Windmühle getrieben. Die Bedauernswerte wurde erschlagen.

Autounfall der Prinzessin Hohenlohe.

Aus Rizza meldet der Draht: Mittwoch gegen 6 1/2 Uhr abends überfuhr das Automobil der Prinzessin Hohenlohe Schillingstraße, die sich gegenwärtig in Rizza aufhält, auf dem Boulevard Cambetta einen achtjährigen Knaben, der aus Unvorsichtigkeit vor dem Automobil zu Falle kam. Der Knabe wurde überfahren, ein Rad ging ihm über den Hinterkopf. Er wurde hierauf mit dem Hospital transportiert. Die Prinzessin ist von dem Unfälle tief ergriffen. Das Verhängnis an dem Unglück trifft jedoch lediglich den Knaben.

Zur Houndsbill-Maffare.

Auf im Zusammenhang mit der Houndsbillaffäre verhafteten Russen wurde Mittwoch neuerdings ein Verhör unterzogen. Die Russin Luba Nikiforin mußte in Freiheit gesetzt werden, da sie ihr Alibi nachweisen konnte.

Der erste Liebhaber mit der Direktorenstube verschwunden. Der erste Liebhaber des Frankfurter Romdienstcafé's Dambitz ist mit der Gattin des Direktors des Romdienstcafé's Karl Heinz Martin, der bekannten Schauspielerin Traute Carlisen verschwunden.

Anglistische in Bergwerken. Auf der „Donnersmarktgrube“ bei Gleiwitz wurden der 24jährige Bergmann Walder und ein ausländischer Grubenarbeiter von hereinbrechendem Gestein getötet. Auf die gleiche Weise verunglückte auch der „Bermann“ und „Aufbruchschacht“ drei Bergleute. Sie wurden schwer verletzt.

Hochwasser-schaden. Aus Reichen wird gemeldet: In dem Hochwasser des polnischen Inbultgebietes sind gegen 50 Millionen durch das Wasser umgekommen. Der Gesamtmaterialschaden wird auf 2 1/2 Millionen M. geschätzt.

Wütiger Kampf zwischen einem Mörder und Schulenten. Aus Klee in Posen meldet der Draht: Mittwoch gegen Abend wurde eine Privatperson auf der Straße erschossen. Bei der Verfolgung der Mörder wurden die Polizisten vom Dachraum eines Hauses beschossen. Ein Polizist wurde verwundet, einer der Täter getötet, zwei entkamen.

Ein gräßlicher Unglücksfall trat hier auf der Jagd Graf Schwering in Rangel bei Dortmund zu. Der Schachthauer Hofmann stürzte hier die Schächter, um das Signal zum Herausfahren des Förderlaufes zu geben, als plötzlich infolge des starken Sturmes die Türe zufiel und den Unglücklichen in den Schacht stieß. Der Schachthauer stürzte 620 Meter tief hinab und blieb auf der 5. Sohle als unentdeckte Masse liegen. Im letzten Moment hatte Hofmann noch die Tür erschließen wollen, doch schlug die tiefe Hand glatt ab.

In den Flammen umgekommen. Bei einem Hausbrand, der sich Mittwoch in Düsseldorf ereignete, tam der 61jährige Fabrikarbeiter Balduin Bachmann in den Flammen um. Drei Kinder konnten gerettet werden.

Ein Stiefhörer verurteilt. Der Draht berichtet aus Straßburg: Seit dem am vergangenen Sonnabend in Martheim in den Vogesen veranfaßten Stirennen des reichslandständischen Eisenverbandes ist der Verkefshörerpraktikant Wadert Julos verurteilt worden. Man nimmt an, daß er abgezurigt ist und durch das 30 Zentimeter hohe Neuschnee den Willen der Suchenden verborgen wurde.

Verhängnisvoller Raubmordbrand. In Aftago, dem italienischen Bergstädtchen an der Tiroler Grenze, ist in der Nacht auf Donnerstag die Kaserne abgebrannt. Man glaubt, daß alle Soldaten gerettet worden. Viele mußten bei 18 Grad Kälte nach ins Freie flüchten. Die Kaserne ist vollständig zerstört.

Im Alter von 105 Jahren gestorben. In Cornigliano (Liro) starb im Alter von 105 Jahren Maria Malone, die bei dem Erbwerden in Messina als einzige ihrer Familie mit dem Leben davon gekommen war.

Gestorbene Wädchenhändler. In Petrifan wurde, einem Privat-Telegramm aus Kattowitz zufolge, der berühmte Wädchenhändler Drechsler verhaftet, gleichzeitig wurden gegen 20 seiner Agenten festgenommen. Er verkaufte seit Jahren aus russisch-polen und galizischen Wädchen an Fremdenhäuser des Auslandes.

Sport-Nachrichten.

Für das Dresdener Sechsz-Tage-Rennen sind laut neuer Auslieferung die Preise anderweitig normiert worden. Diese sollen statt 3000, 2000, 1000 und 500 Mark nunmehr 2000, 1500, 1000 und 500 Mark betragen.

Leitung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den postlichen Teil: Wilhelm Georg; für den totalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinmann; für Ausland und Letzte Nachrichten: Karl Reiner; Feuilleton, Vermischtes usw.: Martin Feuchtwanger; für den Anzeigenteil: Albert Barth. Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S. — Diese Nummer umfasst 12 Seiten. —

Der Einblausage der heutigen Nummer der Saale-Ztg. liegt ein Prospekt des Kabazitparacetins bei, auf den wir noch an dieser Stelle aufmerksam machen.

Abbazia Oesterreichische Riviera.

Klimatischer Kurort: Hervorragende Wirkung bei allen Leiden des Herzens, der Respirationorgane, bei Rekonvaleszenten und schwächlichen Kindern.

Prospekte gratis durch die Kurkommission, Abbazia, Süstrand 11.

Degea

ist nur echt in Originalpackung mit Aufschrift „Degea“

Überall erhältlich. Auergerolschaft. Berlin O. 17

